



Wahlprüfsteine

Europawahl 2024

Antworten der Christlich Demokratischen Union Deutschlands (CDU) und der Christlich-Sozialen Union in Bayern (CSU) auf die Fragen des Aktionsbündnisses gegen AIDS

1. Werden Sie sich aktiv für eine nachhaltige Finanzierung des Globalen Fonds zur Bekämpfung von AIDS, Tuberkulose und Malaria durch die Europäische Kommission einsetzen - einschließlich einer Aufstockung des Budgets im Einklang mit dem aktuellen Bedarf des Globalen Fonds?

Antwort:

Die CDU-Spitzenkandidatin und EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat 2022 eine Rekordsumme zur Bekämpfung von AIDS, Tuberkulose und Malaria zugesagt. 715 Millionen Euro werden aus dem EU-Haushalt für den Globalen Fonds für den Zeitraum 2023-2025 bereitgestellt. Auch zukünftig werden wir die Europäische Kommission in ihrem starken Engagement im Kampf gegen AIDS, Tuberkulose und Malaria bestärken.

2. Es gibt derzeit keine Kofinanzierung der EU-Kommission zu den 715 Mio. EUR, die der GFATM UNAIDS zugesagt hat - der global führenden Organisation für die HIV-Bekämpfung und wichtigsten Anlaufstelle in Programmländern. Wie werden Sie UNAIDS unterstützen und die Ko-Investition in UNAIDS vorantreiben?

Antwort:

In den letzten Jahren ist die Finanzierung von UNAIDS immer weiter zurückgegangen. Hier können die Nationalstaaten nachsteuern. Auch auf europäischer Ebene werden



Wahlprüfsteine

Europawahl 2024

wir uns dafür einsetzen, dass UNAIDS seine Arbeit in der globalen HIV-Bekämpfung leisten kann.

3. Wie bewerten Sie die vorgesehene EU-Pharmareform in Bezug auf geplante Patentverkürzungen und -verlängerungen, auf übertragbare Datenexklusivitätsgutscheine zur Entwicklung benötigter antimikrobieller Mittel und welche Auswirkungen erwarten Sie für den globalen Zugang zu bezahlbaren Medikamenten?

Antwort:

Die geplante EU-Pharmastrategie zielt darauf ab, die Versorgung mit Arzneimitteln EU-weit möglichst zu vereinheitlichen. Mit Blick auf den globalen Zugang hat sich die Europäische Union in der Vergangenheit solidarisch mit anderen Ländern gezeigt. Eine generelle Reduzierung des Unterlagenschutzes sieht die CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament problematisch.

4. NGOs im Bereich der globalen Gesundheit sehen sich zunehmend mit geringeren Möglichkeiten der Beteiligung konfrontiert, z.B. bei Konsultationen mit multilateralen Organisationen wie der WHO oder den Vereinten Nationen. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass dieser Trend gestoppt und umgekehrt wird?

Antwort:

Wir setzen nicht nur auf staatliches und privates Engagement, sondern legen Wert auf eine aktive Rolle der Bürgergesellschaft. Im Bereich der globalen Gesundheit spielen NGOs eine wichtige Rolle etwa bei der organisatorischen und finanziellen Unterstützung von Gesundheitssystemen in Ländern des Globalen Südens. Daher unterstützen wir transparente und wirkungsvolle Konsultationen von Staaten,



Wahlprüfsteine

Europawahl 2024

internationalen Organisationen und NGOs auch im Sinne des Nachhaltigkeitsziels 17 der Vereinten Nationen (Partnerschaften zur Erreichung der Ziele).

5. Weltweit leiden Schlüsselgruppen im Kampf gegen HIV/AIDS zunehmend unter Stigma und Diskriminierung, wie bspw. die Verabschiedung unethischer Gesetze gegen LGBTQI+ Communities in Uganda und Ghana zeigt. Wie soll aus ihrer Sicht das Europäische Parlament auf diese bedenkliche Entwicklung reagieren?

Antwort:

Die EU und insbesondere das Europäische Parlament setzen sich gegen Diskriminierung ein und fordern alle Staaten auf, dafür zu sorgen, dass sexuelle Orientierung und Geschlechtsidentität nicht als Grundlage für strafrechtliche Sanktionen und Diskriminierung dienen. Die CDU/CSU-Gruppe im Europaparlament plädiert dafür, dass die EU auch den Mut hat, Entwicklungszusammenarbeit zu beenden, wenn ein Partnerland lange und vielfach gegen gemeinsam vereinbarte Prinzipien verstößt.

6. Wie ist Ihr Standpunkt zu den laufenden Verhandlungen über ein Pandemieabkommen bei der WHO - insbesondere in Bezug auf die Klausel, dass Hersteller verpflichtet werden sollen, 20 % ihrer pandemiebezogenen Produkte für die weitere Verteilung im Falle einer künftigen Pandemie bereitzustellen?

Antwort:

Die WHO muss durch das Abkommen handlungsfähiger werden, wobei ihre Befugnisse klar abgegrenzt und die zentrale Rolle der Mitgliedstaaten und die Rechte der Bürger gewahrt sein müssen.



Wahlprüfsteine

Europawahl 2024

7. In Deutschland und der EU kommt es zunehmend zu Engpässen in der medizinischen Versorgung. Mangelnde Transparenz in der Forschung, Beschaffung, Preisgestaltung und Verteilung von Medikamenten sind einer der Gründe für diese Situation. Was werden Sie tun, um die Transparenz in Europa zu stärken?

Antwort:

Die Mitgliedstaaten der EU sind für die Organisation und Bereitstellung von Gesundheitsdiensten und medizinischer Versorgung zuständig. In der Gesundheitspolitik ergänzt die Europäische Union die nationale Politik. Nicht erst seit Corona wissen wir, dass viele Gesundheitsgefahren vor nationalen Grenzen keinen Halt machen. Deshalb ist es wichtig, dass die Politik und die Akteure des Gesundheitsschutzes auch grenzüberschreitend zusammenarbeiten.